

Dresdener Volkszeitung

Postkassens: Dresden
Laden & Conto, Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Direktion: Geb. Amhof, Dresden
und Köhler, Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Fracht mit den wöchentlichen Beilagen
"Wohlfahrt" und "Wohlfahrt" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegraphen-Adresse: Dresdener Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsleiter: Wettinplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Normalzeile
30 Pf., die 40 mm breite Normalzeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangeben
40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Pf.

Nr. 36

Dresden, Freitag den 12. Februar 1926

37. Jahrg.

Sozialdemokratie und Finanzpolitik

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Die Debatte über die Programmrede des Reichsfinanzministers ist von der Sozialdemokratie am Donnerstag im Reichstag benutzt worden zu einer grundsätzlichen Parierung ihrer Stellung zur Wirtschaftskrise und zu den damit im Zusammenhang stehenden Finanz- und Steuerproblemen. Es ist das Verdienst des Genossen Silberding, die einseitige Betrachtung zwischen Wirtschaftskrise und Finanzgestaltung, die Dr. Reinhold vom mandatarischen Standpunkt gegeben hat, für alle sichtbar überwinden zu haben. Finanzminister Reinhold vertritt die Auffassung, die Wirtschaftskrise könne durch Milderung des Steuerdrucks überwunden, ja beseitigt werden. Silberding hat demgegenüber mit eindringlicher Sachkenntnis den Standpunkt vertreten, daß die Überwindung der Wirtschaftskrise in erster Linie durch eine aktive Wirtschaftspolitik unter Voraussetzung des Wohlens der breiten Massen getrieben werden müsse und Steuerermäßigungen erst nach Erreichung dieses Zieles in Frage kommen.

Unter scharfer Betonung des Gesichtspunktes, daß die Krise nicht geheilt werden kann durch einen Druck auf die soziale Fürsorge oder die Löhne, sondern nur erzieht werden wird durch einen Fortschritt der deutschen Produktionsentwicklung, sollte Milderung der großen Gebiete auf, in denen durch Vergebung produktiver öffentlicher Arbeiten ein starker Antriebsimpuls zur Belebung der Wirtschaftsverhältnisse gegeben werden könnte. Er verlangte, daß der Reichsbahn durch größere Anleihekredite die Erteilung umfangreicher Aufträge ermöglicht werde. Er regte die finanzielle Unterstützung der zahlreichen Klänge zur weiteren Elektrifizierungsverwirklichung Deutschlands an. Er sprach sich außerdem für die Förderung des Exportes mit staatlichen Mitteln aus und legte sich vor allem darauf ein, daß die Finanzierung eines umfangreichen Wohnungsbauprogramms erfolge, eventuell auch durch die Aufnahme einer Auslandsanleihe, wie sie vom Reichsfinanzministerium angeregt worden ist. Daneben müsse man selbstverständlich die Mittel bereitzustellen, die für die ausstehende finanzielle Unterstützung der Opfer der Wirtschaftskrise erforderlich sind.

Eine solche planmäßig auf die Überwindung der Wirtschaftskrise mit wirtschaftlichen Mitteln gerichtete Politik erfordert Geld. Es ist der Fortschritt von Schlieben zu Reinhold, daß jetzt vom Finanzministerium zugegeben wird, daß Geld in der Reichskasse vorhanden ist. Aber dieses Zugeständnis genügt nicht. Es muß begleitet sein von der Erkenntnis, daß nicht die Steuerermäßigungen den Vorrang hat vor produktiven und sozialen Aufgaben, sondern umgekehrt. Die Sozialdemokratie läßt sich bei der Behauptung der Steuerlasten immer nur von dem Gesichtspunkt leiten, zu welchem Zweck sie verwendet werden. Ist der Zweck notwendig und nützlich, so müssen die Lasten getragen werden. Den angekündigten Steuererleichterungen steht sie deshalb mit grobem Bedenken gegenüber, weil ihre Durchführung wirtschaftlich notwendige Maßnahmen erschwert und das Reich in seiner Fürsorge für die Allgemeinheit beeinträchtigt wird.

Von diesem Standpunkt aus muß sorgsam geprüft werden, ob und unter welchen Bedingungen die Ermäßigung der Umsatzsteuer gerechtfertigt ist. So unzweifelhaft es ist, daß sie eine Wirkung auf die Preise haben könnte, so zweifelhaft ist es, ob diese Rückwirkung auch eintritt. Sicher aber ist, daß die Ermäßigung der Verbrauchsteuern nur ein privater Vorteil der Verbraucher ist, wirtschaftspolitisch aber eher harmlos als nicht. Außerdem sollen auch nach dem neuen Etat etwa 70 Prozent der Steuerlasten durch die Wirtschaftskrise aufgebracht werden. Man kann also schon jetzt davon sprechen, daß die Verbrauchsteuern in Deutschland unerträglich sind. Unerträglich ist nur die ungleiche Verteilung der Steuerlasten, unter der neben den Lohn- und Gehaltsempfängern auch alle diejenigen leiden, deren finanzielle Verhältnisse leicht übersehbar sind. Denn sie sind die Opfer der Finanzbürokratie, die sich klebt, den Großen und Wohlhabenden zu Reibe zu gehen.

Bei der Betrachtung der Ausgaben stellte Silberding die Finanzlage des Reiches in den Mittelpunkt. Er hat in ihm nicht ein rein finanzielles Problem, sondern das deutsche Staatsproblem. Und wenn die Sozialdemokratie aus politischen und sozialen Gründen für den Einheitsstaat eintritt, so wird das Bürgerturn aus wirtschaftlichen Gründen zu dem gleichen Ziel kommen müssen. Der Einheitsstaat ist die Vorbedingung der Verwaltungsreform, die Verwaltungsreform die Vorbedingung für eine Reform der Finanzen und jene Selbstverwaltung der Gemeinden, die ein geordnetes Wirtschaftsleben verlangt.

Wäre mit diesen Darlegungen Silberding's Rede weit über den Rahmen einer Staatsrede hinaus, so blieb die Rede des Reichsfinanzministers Reinhold um so mehr dahinter zurück. Es war wohl die schwächste Rede, die je von ihm gehalten wurde. Die enttäuschte auch um so mehr, weil sie nicht, wie erwartet, eine heftige Attacke gegen den Dawes-Plan enthält, sondern im Gegenteil die Steuererleichterungen bejaht hat, weil sie die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands gefährdet. Es bedurfte also um den großen Abgrund zwischen der deutschen Nationalen Partei und der deutschnationalen Überzeugung darzutun.

Landtagsauflösung und Erwerbslosennot

In der gestrigen Landtagssitzung kamen sowohl der kommunistische Auflösungsantrag zur Beratung wie auch die Anträge der Sozialdemokratischen Partei zur Linderung der Not der Erwerbslosen und der übrigen durch die gegenwärtige Wirtschaftslage besonders schwer betroffenen Kreise sowie zur Förderung des Wohnungsbaues gestellt. Die Rede des Kommunisten Völkner zeigte die tödliche kommunistische Hinterhältigkeit. Die Leute sprechen zwar bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit in großen Tönen von der Notwendigkeit der Einheitsfront, aber dieses Einheitsfrontgeschrei hindert sie nicht, in der erbärmlichsten Weise die Sozialdemokratie herunterzureißen. Die Kommunisten wissen, daß es auch das Bestreben der Sozialdemokratie ist, eine Auflösung des Landtags herbeizuführen, trotzdem brachte es Völkner fertig, in seiner Rede unsere Partei in der ärgsten Weise zu schmähen. Ausgerechnet Herr Völkner warf unsere Partei vor, daß unsere Anträge nur Agitationsanträge seien, ausgerechnet Herr Völkner, der Vertreter einer Partei, die fortwährend Anträge stellt, deren Inanspruchnahme sofort zu erkennen ist. Genosse Renke bürdete dem kommunistischen Großmaul in der gebührenden Weise. Renke wies darauf hin, daß es ein Frevel wäre, wenn man etwa schon jetzt den Landtag auflösen würde. Die Sozialdemokratie wolle natürlich, daß vorher die Anträge erledigt werden, die sie gestellt hat, um den Notleidenden zu helfen. Von den bürgerlichen Parteien beteiligte sich an der Auflösungsdebatte nur der deutschnationalen Herr Beutler, der erklärte, daß zur Zeit seine Fraktion für eine Landtagsauflösung nicht zu haben sei.

Die sozialdemokratischen Anträge wurden dann vom Genossen Krug eingehend begründet. Krug legte mit aller Klarheit hervor, daß diese Anträge vor der Auflösung des Landtags erledigt werden müssen. Wenn sie den bürgerlichen Ministern nicht gefallen, so könnten diese ja den Rückzug antreten und damit das Ende der Koalition herbeiführen. Der neue Finanzminister Debus führte das schwere Geschick von allerhand Falschungen gegen die Anträge der Sozialdemokratischen Partei auf. Dabei kam es ihm auf einige kleine Verbrechen nicht an. Genosse Krug hatte ausdrücklich hervorgehoben, daß die 30 Millionen Mark für den Wohnungsbau gegeben werden sollen als ein Vorschub auf die Erträge der Vermögenssteuer, und jeder, der die Verhältnisse in den Gemeinden kennt, weiß, wie dringend notwendig ein derartiger Vorschub ist, denn die Erträge aus der Vermögenssteuer fließen erst im Laufe des nächsten Jahres, während der Bau von Wohnungen sofort begonnen werden muß, damit die Arbeitslosigkeit gemindert werden kann. Herr Debus tat in seiner Rede so, als wenn er von diesen Dingen gar nichts wüßte und als ob die Sozialdemokratie gefordert hätte, daß die aus der Vermögenssteuer zur Verfügung stehenden Mittel um diese 30 Millionen vermehrt werden sollen, um dann die Unheilbarkeit des sozialdemokratischen Sozialismus mit der Behauptung beweisen zu können, daß nicht genug Pauschsteuer vorhanden sein würden, um mehr als die bisher schon in Aussicht genommenen Mittel zu beschaffen. Mit derartigen Klünsteln kann man natürlich alles beweisen.

Genosse Herr Debus war auch der nach ihm zu Wort kommende Herr Wähler waren besonders darüber entsetzt, daß die Sozialdemokratie eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer

fordere. Es ist richtig, daß insbesondere die Gewerbesteuer keine ideale Steuer ist und zu mancherlei Ungerechtigkeiten führt. Wichtig ist zweifellos auch, daß mancher Gewerbetreibende heute nicht auf Kosten anderer lebt, aber schließlich soll dieser Zuschlag von 30 Prozent doch nur solange erhoben werden, bis die angekündigten neuen Steuererlagen beschafft worden sind, und die Sozialdemokratie hat nicht dagesagt, daß bei diesen Steuererlagen augenblicklich bestehende Ungerechtigkeiten nach Möglichkeit beseitigt werden.

Außerdem: die Not der Erwerbslosen, der Sozialrentner usw. ist heute auf jeden Fall noch sehr viel größer als die der Gewerbetreibenden und Landwirte, und deshalb ist es berechtigt, die Gewerbetreibenden und Landwirte zu belasten, um denen zu helfen, deren Notlage am größten ist. Herr Wähler wies, wie das in derartigen Fällen üblich ist, darauf hin, daß durch die Steuern den Unternehmern notwendiges Betriebskapital genommen würde. Nun, die Herrschaften, die heute so darüber klagen, daß ihnen das Betriebskapital weggenommen wird, sollten einmal ihre Lebenshaltung auch nur halb so einschränken, wie das ein Erwerbsloser tun muß, dann würden sie in sehr vielen Fällen ihre Steuerpflichten erfüllen können, ohne daß sie ihrem Betrieb notwendiges Kapital zu entziehen brauchen.

Wenn man derartige Ausführungen hört, hier, wo es sich darum handelt, den Armen zu helfen, so zeigt das nur, wie mangelhaft die soziale Bestimmung bei gewissen Kreisen entwickelt ist, die so gern von der Volksgemeinschaft reden. Herr Wähler und auch Herr Geisler sprachen davon, daß die Anträge der sozialdemokratischen Partei doch nur Sprengungsanträge seien sollen. Nun gut, sie sollen eben eine Probe aufs Exempel für diese Koalition sein. Die bürgerlichen Koalitionsparteien haben hier die Gelegenheit, zu beweisen, daß die Koalition für die sachliche Arbeiterschaft auch ihren Nutzen hat. Sie brauchen nur die sozialdemokratischen Anträge anzunehmen.

Die bürgerlichen Redner waren in der Debatte so, als ob sie Anträge nur von den bösen Linksozialisten gestellt seien. Demgegenüber muß doch hier noch einmal hervorgehoben werden, daß es sich um Anträge der ganzen sozialdemokratischen Fraktion handelt. Alle Ausführungen, die gegen die Anträge gemacht wurden, richteten sich also gegen die gesamte sozialdemokratische Fraktion. In seinem Schlusswort unterließ dann der Genosse Schwarz noch einmal die Tatsache, daß die Fraktion einmütig dastehende, und wies darauf hin, daß die ganze Fraktion sich darauf festgelegt habe, daß der Landtag nach in diesem Quartal aufgelöst werde. Die Zeit bis zur Auflösung muß natürlich dazu benutzt werden, um nützliche Arbeit für die sachliche Arbeiterschaft zu leisten. Am nächsten Dienstag steht der kommunistische Antrag auf Landtagsauflösung zur zweiten Beratung. Die Entscheidung über die Auflösung wird jedoch am nächsten Dienstag noch nicht fallen, sondern erst dann, wenn die Sozialdemokratie der Überzeugung ist, daß sie das Notwendige getan hat, um den schmerzleidenden Massen so zu helfen, wie es in der heutigen Zeit nur irgend möglich ist.

Die sozialdemokratischen Anträge wurden den Ausschüssen überwiefen.

In den Klauen der Geheimverbände

D. Berlin, 12. Februar. (Eig. Rundschau.) In seiner heutigen Morgenausgabe veröffentlicht der Vorwärts eine einwandfreie Heftigkeit über die ungarischen Geheimverbände, woraus ersichtlich ist, daß die meisten Geheimverbände, und zwar bis zu Verten hinaus, wenn auch nicht direkt an der Frankfurteraffäre beteiligt sind, jedoch von diesem Verbrechen gewußt haben. Der heutige Zustand in Ungarn ist so, daß jede der einzelnen nationalen Vereinigungen eine Geheimorganisation hat und die Mitglieder der Regierung verborgen sind in der Leitung der Geheimorganisationen. In der Führung der Nationalen Vereinigung als ihre Organe erscheinen. Die Hauptrolle spielt der

„Verband der gesellschaftlichen Vereine“ dessen Präsident der aus seinem Briefwechsel mit dem Grafen Ferden bekannte Baron Veranyi ist. Wichtig aber noch ist die Rolle der sich aus den Mitgliedern dieses Verbandes wieder zusammenschließenden Geheimorganisationen, die als „Vorbereitung“ ihre Umtriebe treiben. Dieses Gebilde wird neben einer achtgliedrigen geschäftsführenden Direktion von einer politischen Direktion geleitet. In beiden Direktionen sitzen aber nicht nur die Führer und Leiter der einzelnen geheimen Organisationen, sondern auch eine große Reihe von hohen Militärs und Beamten sowie die Regierung, sondern auch die gesamte Staatsverwaltung und große Teile der Armee in den Händen der Geheimorganisationen befinden.

Mit Recht stellt der Vorwärts auf Grund dieser Tatsachen fest, daß unter diesen Umständen eigentlich ganz Ungarn in den Händen einer Geheimorganisation ist. Interessant ist vor allem jene Gesellschaft, in der sich Ministerpräsident Graf Bethlen seit Jahren befindet hat und zum Teil heute noch befindet. Immer wieder treten neben ihm aber mit ihm drei Herren auf die schon in die Frankfurteraffäre verwickelt sind, und zwar handelt es sich um den Landespolizeichef Radossin, den Vizepräsidenten des Verbandes der gesellschaftlichen Vereine, Szörényi und General Saitz, bestimmte Angehörige, hat lautem Mitglieder der Partei der Massenführer in seiner Gesellschaft zu finden, die ihm im Parlament jedoch „Opposition“ machen. Dann gibt es da Witzhans

und Militärgeistliche in den allerersten Stufen bis zu dem bekannten Eideschwörer der Panzerbrigade, Bischof Cadrava, kein Wunder, wenn Herr Bethlen in dieser vornehmen Umgebung noch andere Minister, Staatssekretäre, Ministerialräte, Richter, Staatsanwälte und Polizeibeamte als Mitglieder der Geheimorganisation fast gewohnheitsgemäß in seiner Gesellschaft sah. Selbst der Führer einer

als Vorbereitungskomitee bekannten Nordorganisation Seljos, hatte die Ehre, Direktionsgenosse des Ministerpräsidenten zu sein. Dieser Seljos hat in dem im Jahre 1922 verübten Einbruch in das Burgland eine besondere Rolle gespielt. Damals lebte die ungarische Regierung jede Verantwortung für diese Aktion ab und trotzdem waren ihr alle Vorbereitungen bekannt.

Es ist selbstverständlich, daß die geheimen Organisationen und verbrecherischen Aktionen ungeheure Gelder kosten. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, ist schließlich die Frankfurteraffäre entstanden. Da hierbei alle die Geheimorganisationen betreffenden wirtschaftlichen und politischen Fragen in der Direktion besprochen wurden, um sie dann heute als zweifelslos, daß auch die Frankfurteraktionen in der Direktion besprochen und beschlossen wurden. Der heutige Leiter der ganzen Pläne der Frankfurteraktionen und ihr eigentlicher Leiter war nach zuverlässigen Verichten der Leiter der Operationsabteilung im Kriegsministerium, Oberst Fischer. Er unterrichtete in dieser Eigenschaft weder dem Kriegsministerium, noch dem Innenministerium, sondern nur dem Regenten als oberstem Kriegsherrn. Das ist doch, der jetzige Reichswehrminister!

Das Rennen um Ratstige

S. London, 11. Februar. (Eig. Draht.) Der Führer der Arbeiterpartei, Genosse MacDonald, richtete am Donnerstag im Unterhaus an den Außenminister Chamberlain die Frage, ob es richtig sei, daß außer Deutschland auch zwei andere Mächte einen Sitz im Völkerbund erhalten würden. (Es handelt sich vor allem um Polen.) Chamberlain antwortete: „Das deutsche Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund hat, wie nicht zu vermeiden war, die Frage der Zusammenfassung des